

Landesgesetzblatt für Wien

Jahrgang 1976

Ausgegeben am 29. Oktober 1976

23. Stück

24. Gesetz: Besoldungsordnung 1967; Änderung (11. Novelle zur Besoldungsordnung 1967).

24.

Gesetz vom 30. Juni 1976, mit dem die Besoldungsordnung 1967 geändert wird (11. Novelle zur Besoldungsordnung 1967)

Der Wiener Landtag hat beschlossen:

Artikel I

Die Besoldungsordnung 1967, LGBl. für Wien Nr. 18, in der Fassung der Landesgesetze LGBl. für Wien Nr. 30/1967, 34/1967, 26/1968, 45/1969, 15/1971, 4/1972, 10/1972, 6/1973, 18/1974 und 55/1974 sowie der Kundmachung LGBl. für Wien Nr. 25/1974 wird wie folgt geändert:

1. § 12 Abs. 6 hat zu lauten:

„(6) Der Gehalt gemäß Abs. 5 wird bei Verwendungsänderung eingestellt. Die Einstellung erfolgt nicht, wenn die Voraussetzungen des § 21 Abs. 5 lit. a oder b vorliegen; in diesem Fall ist der zweite Satz des Abs. 5 sinngemäß anzuwenden.“

2. Der bisherige Abs. 6 des § 12 wird Abs. 7.

3. § 21 Abs. 5 hat zu lauten:

„(5) Erfolgt die Änderung der Verwendung, auf Grund der die Überstellung verfügt wird,

a) nach einem Zeitraum, der sich aus der ruhegenußfähigen Dienstzeit zur Stadt Wien und den gemäß § 53 Abs. 2 lit. a der Pensionsordnung 1966, LGBl. für Wien Nr. 19/1967, angerechneten Ruhegenußvordienstzeiten zusammensetzt, von mindestens 15 Jahren oder

b) als unmittelbare Folge eines Dienstunfalles oder einer Berufskrankheit

und wäre der Monatsbezug in der neuen Verwendungsgruppe niedriger als der bisherige Monatsbezug, so gebührt dem Beamten eine ruhegenußfähige Ergänzungszulage auf den Monatsbezug, der ihm jeweils in der bisherigen Verwendungsgruppe zukommen würde.“

4. § 25 a Abs. 1 hat zu lauten:

„(1) Dem Generaldirektor der Wiener Stadtwerke, seinem ständigen Stellvertreter, dem Kontrollamtsdirektor, dem Stadtbaudirektor, dem

ständigen Stellvertreter des Magistratsdirektors, dem Leiter der Verwaltungsakademie der Stadt Wien, den Direktoren der Wiener Stadtwerke-Elektrizitätswerke, Gaswerke, Verkehrsbetriebe und Städtische Bestattung sowie den Vizedirektoren der Wiener Stadtwerke-Elektrizitätswerke, Gaswerke und Verkehrsbetriebe gebührt eine monatliche Dienstzulage.“

5. § 25 a Abs. 3 hat zu lauten:

„(3) Die Dienstzulage wird bei Verwendungsänderung eingestellt; die Einstellung erfolgt nicht, wenn die Voraussetzungen des § 21 Abs. 5 lit. a oder b vorliegen und soweit nicht eine andere Dienstzulage gemäß Abs. 1 gebührt.“

6. Nach dem § 31 ist folgender § 31 a einzufügen:

„Fortzahlung der Nebengebühren bei Dienstverhinderung

§ 31 a. (1) Der Beamte, der durch Krankheit oder Unfall an der Dienstleistung verhindert ist, ohne daß er die Verhinderung vorsätzlich oder durch grobe Fahrlässigkeit herbeigeführt hat, behält den Anspruch auf die gemäß § 2 Abs. 1 des Ruhe- und Versorgungsgenußzulagegesetzes 1966, LGBl. für Wien Nr. 22/1968, anrechenbar erklärten Nebengebühren

bei einer ununterbrochenen Dauer des Dienstverhältnisses von	bis zur Dauer von
weniger als vier Monaten	vier Wochen,
vier Monaten	sechs Wochen,
zwei Jahren	neun Wochen,
drei Jahren	zwölf Wochen,
fünf Jahren	vierzehn Wochen,
acht Jahren	sechzehn Wochen.

(2) Kur- und Erholungsaufenthalte, Aufenthalte in Heil- und Pflegeanstalten, Reha- bilitationszentren und Rekonvaleszentenheimen, die aus Gründen der Erhaltung, Besserung oder Wiederherstellung der Dienstfähigkeit von einem Träger der Sozialversicherung, einer Krankenfürsorgeanstalt, dem Bundesministerium für soziale Verwaltung gemäß § 12 Abs. 4 des Opfer-

fürsorgegesetzes, einem Landesinvalidenamt oder einer Landesregierung auf Grund eines Behindertengesetzes auf deren Rechnung bewilligt oder angeordnet werden, sind unbeschadet allfälliger Zuzahlungen durch den Versicherten (das Mitglied der Krankenfürsorgeanstalt, den Beschädigten) der Dienstverhinderung gemäß Abs. 1 gleichzuhalten.

(3) Für die Bemessung der Dauer des Anspruches gemäß Abs. 1 sind die Zeiten von Dienstverhältnissen zur Stadt Wien, die keine längeren Unterbrechungen als jeweils 60 Tage aufweisen, zusammenzurechnen. Diese Zusammenrechnung unterbleibt jedoch, wenn die Unterbrechung durch eine Kündigung des Dienstverhältnisses seitens des Dienstnehmers, eine Dienstentsagung, einen Austritt ohne wichtigen Grund oder eine vom Dienstnehmer verschuldete Entlassung eingetreten ist.

(4) Tritt innerhalb von sechs Monaten nach Wiederantritt des Dienstes abermals eine Dienstverhinderung durch Krankheit oder Unfall ein, so gilt sie als Fortsetzung der früheren Dienstverhinderung.

(5) Hat der Beamte einen Dienstunfall oder eine Berufskrankheit im Sinne des Unfallfürsorgegesetzes 1967, LGBI. für Wien Nr. 8/1969, erlitten und ist er dadurch an der Dienstleistung verhindert, ohne daß er die Verhinderung vorsätzlich oder durch grobe Fahrlässigkeit herbeigeführt hat, so behält er den Anspruch auf die gemäß § 2 Abs. 1 des Ruhe- und Versorgungsgenußzulagegesetzes 1966 anrechenbar erklärten Nebengebühren ohne Rücksicht auf andere Zeiten einer Dienstverhinderung bis zur Dauer von sechsundzwanzig Wochen. Tritt innerhalb von sechs Monaten nach Wiederantritt des Dienstes abermals eine Dienstverhinderung infolge desselben Dienstunfalles oder derselben Berufskrankheit ein, so gilt sie als Fortsetzung der früheren Dienstverhinderung.

(6) Im Abs. 2 genannte Aufenthalte, die wegen eines Dienstunfalles oder einer Berufskrankheit bewilligt oder angeordnet werden, sind einer Dienstverhinderung gemäß Abs. 5 gleichzuhalten.

(7) Die Leistungen für die im Abs. 2 genannten Aufenthalte gelten auch dann als auf Rechnung einer im Abs. 2 genannten Stellen erbracht, wenn hiezu von einer dieser Stellen ein Kostenzuschuß von mindestens 140 S für jeden Tag des Aufenthaltes gewährt wird; dieser Betrag ändert sich um denselben Hundertsatz, um den sich bei einem Beamten der Gehalt der Gehaltsstufe 2 der Dienstklasse V ändert.

(8) Die nicht nach Monaten bemessenen Nebengebühren sind in dem Ausmaß zu berücksichtigen, in dem sie dem Beamten für den dem Beginn der Dienstverhinderung vorangegangenen Kalendermonat gebührten, es sei denn, daß in den

Tätigkeiten des Beamten, die den Anspruch auf derartige Nebengebühren begründen, seither eine wesentliche Änderung eingetreten ist oder ohne Dienstverhinderung eingetreten wäre. In letzterem Fall gebühren dem Beamten jene gemäß § 2 Abs. 1 des Ruhe- und Versorgungsgenußzulagegesetzes 1966 anrechenbar erklärten Nebengebühren, auf die er Anspruch hätte, wenn die Dienstverhinderung nicht eingetreten wäre.

(9) Der Beamte behält den Anspruch auf die gemäß § 2 Abs. 1 des Ruhe- und Versorgungsgenußzulagegesetzes 1966 anrechenbar erklärten Nebengebühren bis zur Dauer einer Woche, wenn er nach wenigstens einmonatiger Dienstleistung durch andere wichtige, seine Person betreffende Gründe ohne sein Verschulden an der Dienstleistung verhindert ist. Die Abs. 4 und 8 sind sinngemäß anzuwenden.“

7. Die Anlage 2 zur Besoldungsordnung 1967 und die Anlage 3 zur Besoldungsordnung 1967 erhalten die Fassung gemäß den Beilagen.

Artikel II

Art. I Z. 3 ist auf Beamte anzuwenden, deren Verwendung nach dem 30. Juni 1976 geändert wird.

Artikel III

(1) Durch Art. I Z. 4 tritt bezüglich der Höhe des ruhegenüßfähigen Monatsbezuges der Beamten, die vor dem 1. Juli 1976 aus dem Dienststand ausgeschieden sind, keine Änderung ein.

(2) Ist im ruhegenüßfähigen Monatsbezug eines Beamten eine Dienstzulage gemäß § 25 a der Besoldungsordnung 1967 in der Fassung des Art. I Z. 4 enthalten, so gebührt diesem Beamten, seinen Angehörigen und Hinterbliebenen die Ruhegenüßzulage beziehungsweise Versorgungsgenußzulage nach dem Ruhe- und Versorgungsgenußzulagegesetz 1966, LGBI. für Wien Nr. 22/1968, nur insoweit, als sie den auf die Dienstzulage entfallenden Teil des Ruhegenusses beziehungsweise Versorgungsgenusses oder Unterhaltsbeitrages übersteigt.

Artikel IV

Bei Beamten, die vor dem 1. Jänner 1972 aus dem Dienststand ausgeschieden sind und in deren ruhegenüßfähigem Monatsbezug eine Pflegedienst-Chargenzulage enthalten ist, ist dem ruhegenüßfähigen Monatsbezug die Pflegedienst-Chargenzulage statt mit den Beträgen gemäß Z. 8 der Anlage 3 zur Besoldungsordnung 1967 in der Fassung des Art. I Z. 7 mit folgenden Beträgen zugrunde zu legen:

1044 S für Lehrassistenten (Lehrassistentinnen),
 Lehrhebammen,
 Lehrschwestern (Lehrpfleger),
 Lehrvorsteher (Lehrerinnen),

Leitende Lehrassistenten (Leitende Lehrassistentinnen),
 Oberassistenten (Oberassistentinnen) der medizinisch-technischen Dienste, Oberhebammen, Oberinnen, Oberschwestern (Oberpfleger), Pflegevorsteher (Pflegevorsteherinnen), Schuloberinnen;

625 S für Stationsassistenten (Stationsassistentinnen) der medizinisch-technischen Dienste, Stationshebammen, Stationsschwestern (Stationspfleger).

Artikel V

Bei Beamten, die vor dem 1. Jänner 1973 aus dem Dienststand ausgeschieden sind und in deren ruhegenußfähigem Monatsbezug eine Feuerwehr-Chargenzulage enthalten ist, ist dem ruhegenußfähigen Monatsbezug die Feuerwehr-Chargenzulage statt mit den Beträgen gemäß Z. 12 der Anlage 3 zur Besoldungsordnung 1967 in der Fassung des Art. I Z. 7 mit folgenden Beträgen zugrunde zu legen:

1166 S für Hauptbrandmeister;

729 S für Oberbrandmeister;

367 S für Brandmeister, Inspektions-Rauchfangkehrer, Löschmeister;

138 S für Feuerwehrmänner und Oberfeuerwehrmänner der Verwendungsgruppe E.

Artikel VI

Art. III der 8. Novelle zur Besoldungsordnung 1967, LGBI. für Wien Nr. 6/1973, wird aufgehoben.

Artikel VII

Den Oberfeuerwehrmännern der Verwendungsgruppe C gebührt die Feuerwehr-Chargenzulage (einschließlich der Teuerungszulage) in derselben Höhe wie den Oberfeuerwehrmännern der Verwendungsgruppe D.

Artikel VIII

(1) Dieses Gesetz tritt mit Ausnahme des Art. VII mit 1. Juli 1976 in Kraft.

(2) Art. VII tritt mit 1. Mai 1976 in Kraft und mit Ablauf des 30. Juni 1976 außer Kraft.

(3) Der Beschluß des Stadtsenates, mit dem die Höhe der Dienstzulage gemäß § 25 a der Besoldungsordnung 1967 für den ständigen Stellvertreter des Generaldirektors der Wiener Stadtwerke und den Leiter der Verwaltungsakademie der Stadt Wien erstmals festgesetzt wird, ist mit 1. Juli 1976 in Kraft zu setzen.

Artikel IX

Die Gemeinde hat ihre in den Art. II bis V, im Art. VII und im Art. VIII Abs. 3 geregelten Aufgaben im eigenen Wirkungsbereich zu besorgen.

Der Landeshauptmann: Der Landesamtsdirektor:
 i. V. Fröhlich-Sandner Bandion

Anlage 2
 (zu § 12 Abs. 2)

**Gehaltsansätze
 Schema I**

Gehaltsstufe	Verwendungsgruppe					
	1	2	3	4	5	6
	Schilling					
1	5367	5223	4879	4559	4383	4224
2	5367	5223	4879	4559	4383	4224
3	5367	5223	4879	4559	4383	4224
4	5589	5437	5058	4716	4513	4330
5	5813	5649	5236	4873	4643	4435
6	6035	5862	5416	5028	4773	4543
7	6186	6005	5535	5126	4853	4605
8	6336	6148	5655	5222	4935	4670
9	6486	6291	5776	5319	5016	4734
10	6636	6435	5895	5413	5097	4798
11	6786	6578	6015	5510	5178	4863
12	6937	6721	6135	5606	5260	4927
13	7086	6866	6254	5703	5340	4990
14	7237	7009	6375	5798	5421	5055
15	7386	7152	6493	5895	5502	5119
16	7537	7295	6613	5991	5583	5183
17	7687	7439	6734	6087	5664	5248
18	7837	7582	6853	6183	5745	5311
19	7987	7725	6974	6279	5827	5375

Schema II

Dienstklasse	Gehaltsstufe	Verwendungsgruppe				
		E	D	C	B	A
		Schilling				
I	1	4455	4916	5398	—	—
	2	4455	4916	5398	—	—
	3	4455	4916	5398	—	—
	4	4599	5151	5652	—	—
	5	4742	5386	5905	—	—
II	1	4885	5620	6158	6534	—
	2	4976	5763	6315	6534	—
	3	5068	5907	6472	6534	—
	4	5159	6050	6629	6843	—
	5	5250	6193	6786	—	—
	6	5341	6337	6943	—	—
III	1	5432	6481	7100	7152	8723
	2	5523	6624	7257	7460	8723
	3	5615	6767	7414	7770	8723
	4	5706	6911	7571	8078	—
	5	5797	7054	7727	8388	—
	6	5888	7197	—	—	—
	7	5979	7340	—	—	—

Gehaltsstufe	Dienstklasse					
	IV	V	VI	VII	VIII	IX
	Schilling					
1	7485	10343	12814	15782	21580	31076
2	7883	10755	13225	16320	22761	32858
3	8284	11166	13636	16856	23942	34642
4	8696	11578	14173	18037	25726	36426
5	9108	11989	14710	19217	27508	38208
6	9519	12400	15246	20399	29292	39993
7	9930	12814	15782	21580	31076	—
8	10343	13225	16320	22761	32858	—
9	10755	13636	16856	23942	—	—

Schema II L

Gehaltsstufe	Verwendungsgruppe					
	L 3	L 2b 1	L 2b 2	L 2b 3	L 2a 2	L 1
	Schilling					
1	5805	6800	7310	7622	8140	8820
2	5805	6800	7310	7622	8140	8820
3	5805	6800	7310	7622	8140	8820
4	6076	7145	7743	8055	8595	9496
5	6345	7536	8283	8595	9236	10170
6	6666	7926	8821	9134	9876	10846
7	6987	8314	9362	9675	10519	11519
8	7308	8704	9902	10214	11159	12196
9	7628	9094	10442	10755	11800	12972
10	7948	9484	10983	11295	12442	13849
11	8268	9874	11523	11833	13252	14726
12	8590	10432	12168	12481	14062	15604
13	8995	10990	12815	13127	14870	16481
14	9399	11549	13460	13773	15681	17358
15	9804	12107	14107	14419	16491	18236
16	10209	12665	14753	15065	17369	20884
17	10614	13225	15398	15711	18246	22065
18	—	—	—	—	—	23247

Anlage 3

1. Zu § 13 Abs. 5 letzter Satz:

Die Dienstalterszulage beträgt monatlich
in den Verwendungsgruppen L 2 b 3
und L 2 b 2 1556 S,
in der Verwendungsgruppe L 2 b 1 888 S.

2. Zu § 21 Abs. 4 erster Satz: 457 S monatlich.

3. Zu § 23 a:

Die Allgemeine Dienstzulage beträgt monatlich

a) für Beamte des Schemas I

in den Gehaltsstufen 1 bis 11 .. 563 S,
ab der Gehaltsstufe 12 775 S;

b) für Beamte des Schemas II

in den Dienstklassen I und II 563 S,
in den Dienstklassen III bis V .. 775 S,
in den Dienstklassen VI bis IX .. 985 S.

4. Zu § 24 lit. a Abs. 1:

Die Professionistenzulage beträgt monatlich

in der Gehaltsstufe	Schilling
1	202
2	202
3	202
4	228
5	253
6	279
7	299
8	319
9	339
10	359
11	380
12	400
13	420
14	441
15	461
16	481
17	501
18	522
19	542

5. Zu § 24 lit. b Abs. 1:

Die Autobuslenkerzulage beträgt 96 S monatlich.

6. Zu § 24 lit. c Abs. 1:

Die außerordentliche Fahrzulage beträgt monatlich
in den Gehaltsstufen 10 bis 12 183 S,
ab der Gehaltsstufe 13 311 S.

7. Zu § 25 lit. a Abs. 1:

Die Dienstzulage für den Krankenpflegefachdienst und für Hebammen beträgt monatlich

704 S für Hebammen,
Kinderkranken- und Säuglings-
schwestern,
Krankenschwestern (Kranken-
pfleger),
Lehrhebammen,
Lehrschwestern (Lehrpfleger),
Lehrvorsteher (Lehroberinnen),
Oberhebammen,
Oberinnen,
Oberschwestern (Oberpfleger),
Pflegevorsteher (Pflegevorstehe-
rinnen),
Psychiatrische Krankenschwestern
(Krankenpfleger),
Schuloberinnen,
Stationshebammen,
Stationschwestern (Stationspfleger).

Ab einer Einreihung in Verwendungs-
gruppe C, Dienstklasse II, Gehaltsstufe 6
beträgt die Dienstzulage 845 S.

8. Zu § 25 lit. b Abs. 1:

Die Pflegedienst-Chargenzulage beträgt monatlich

- a) 1652 S für Lehrvorsteher (Lehr-
oberinnen),
Leitende Lehrassistenten (Lei-
tende Lehrassistentinnen) an
den Schulen für den medi-
zinisch-technischen Labora-
toriumsdienst, für den phy-
siotherapeutischen Dienst
und für den medizinisch-
technischen Fachdienst im
Allgemeinen Krankenhaus
der Stadt Wien,
Oberinnen,
Pflegevorsteher (Pflegevoste-
herinnen),
Schuloberinnen;
- b) 1351 S für Lehrassistenten (Lehrassisten-
tinnen),
Lehrhebammen,
Lehrschwestern (Lehrpfleger),
Leitende Lehrassistenten (Lei-
tende Lehrassistentinnen) an
den Schulen für den radiol-
ogisch-technischen Dienst,
für den logopädisch-phoniat-
risch-audiometrischen
Dienst und für den Diät-
dienst im Allgemeinen
Krankenhaus der Stadt Wien
sowie an der Schule für
den radiologisch-technischen
Dienst im Krankenhaus der
Stadt Wien-Lainz,
Oberassistenten (Oberassisten-
tinnen) der medizinisch-tech-
nischen Dienste,
Oberhebammen,
Oberpflegerinnen des Jugend-
amtes,
Oberschwestern (Oberpfleger);
- c) 1051 S für Stationsassistenten (Stations-
assistentinnen) der medi-
zinisch-technischen Dienste,
Stationshebammen,
Stationspflegerinnen des Ju-
gendamtes,
Stationsschwestern (Stations-
pfleger).

9. Zu § 25 lit. c Abs. 1:

Die Dienstzulage für medizinisch-technische
Fachkräfte beträgt 563 S monatlich.

10. Zu § 25 lit. d Abs. 1:

Die Diplomzulage beträgt 213 S monatlich.

11. Zu § 25 lit. e Abs. 1:

Die Dienstzulage beträgt monatlich

563 S für Kinderpflegerinnen,
Oberpflegerinnen des Jugendamtes,
Stationspflegerinnen des Jugend-
amtes.

12. Zu § 25 lit. f Abs. 1:

Die Feuerwehr-Chargenzulage beträgt monatlich

- a) in der Verwendungsgruppe C
1690 S für Hauptbrandmeister,
1268 S für Oberbrandmeister,
985 S für Brandmeister,
Inspektions-Rauchfangekehrer
nach Vollendung einer sechs-
jährigen Dienstzeit als In-
spektions-Rauchfangekehrer,

353 S für Inspektions-Rauchfangekehrer
vor Vollendung einer sechs-
jährigen Dienstzeit als In-
spektions-Rauchfangekehrer,
Löschmeister,
Oberfeuerwehrmänner;
- b) in der Verwendungsgruppe D
353 S für Oberfeuerwehrmänner.

13. Zu § 26 lit. a Abs. 1 und 4:

Die Leiterzulage beträgt monatlich

- a) für Beamte, die in Verwendungsgruppe L 1
eingereiht sind:

in der Dienst- zulagengruppe	in den Gehaltsstufen		ab der Gehalts- stufe 13
	1 bis 8	9 bis 12	
Schilling			
I	3525	3768	4000
II	3173	3393	3600
III	2818	3016	3200
IV	2465	2638	2803
V	2116	2260	2398

- b) für Beamte, die in Verwendungsgruppe
L 2 a 2, L 2 b 3 oder L 2 b 2 eingereiht
sind:

in der Dienst- zulagengruppe	in den Gehaltsstufen		ab der Gehalts- stufe 13
	1 bis 8	9 bis 12	
Schilling			
I	1725	1866	2009
II	1414	1527	1642
III	1136	1221	1308
IV	950	1019	1090
V	793	850	907

c) für Beamte, die in Verwendungsgruppe L 2 b 1 eingereiht sind:

in der Dienstzulagengruppe	in den Gehaltsstufen		ab der Gehaltsstufe 13
	1 bis 8	9 bis 12	
Schilling			
I	1342	1466	1577
II	1134	1228	1310
III	947	1023	1091
IV	790	856	907
V	568	614	654

d) für Beamte, die in Verwendungsgruppe L 3 eingereiht sind:

in der Dienstzulagengruppe	in den Gehaltsstufen		ab der Gehaltsstufe 16
	1 bis 10	11 bis 15	
Schilling			
I	259	272	295
II	371	378	400
III	532	546	579
IV	739	757	802
V	790	816	876
VI	1063	1087	1158
VII	1335	1356	1447
VIII	1603	1623	1734
IX	1872	1891	2022
X	2145	2158	2308

14. Zu § 26 lit. b:

Die Musiklehrerzulage beträgt monatlich
 in den Gehaltsstufen 1 bis 5 422 S,
 in den Gehaltsstufen 6 bis 11 592 S,
 ab der Gehaltsstufe 12 843 S.

15. Zu § 26 lit. c Abs. 1:

Die Dienstzulage beträgt monatlich
 in den Gehaltsstufen 1 bis 5 475 S,
 in den Gehaltsstufen 6 bis 11 664 S,
 ab der Gehaltsstufe 12 878 S.

16. Zu § 26 lit. c Abs. 2:

Die Dienstzulage beträgt 320 S monatlich.

17. Zu § 26 lit. c Abs. 4:

Die Dienstzulage beträgt monatlich
 in den Gehaltsstufen 1 bis 10 1603 S,
 in den Gehaltsstufen 11 bis 15 1623 S,
 ab der Gehaltsstufe 16 1734 S.

18. Zu § 26 lit. d Abs. 2:

Die Dienstzulage beträgt 1652 S monatlich.

19. Zu § 33 Abs. 1:

a) Beamte des Schemas I:

Gehaltsstufe	Verwendungsgruppe					
	1	2	3	4	5	6
Schilling						
20	8137	7869	7093	6376	5907	5439
21	8287	8013	7212	6472	5987	5503

b) Beamte des Schemas II:

Gehaltsstufe	Verwendungsgruppe E	Dienstklasse	Gehaltsstufe		
			10	9	7
			Schilling		
8	6070	IV	11578	—	—
9	6162	V	14173	—	—
		VI	18037	—	—
		VII	25726	—	—
		VIII	—	34642	—
		IX	—	—	41777

Gehaltsstufe	Verwendungsgruppe D	Dienstklasse IV	Schilling		
3	8284				
4	8696				

c) Beamte des Schemas II L:

Gehaltsstufe	Verwendungsgruppe					
	L 3	L 2b 1	L 2b 2	L 2b 3	L 2a 2	L 1
Schilling						
18	11019	13783	16046	16359	19123	—
19	11425	14341	16692	17004	20000	24428
20	—	—	—	—	—	25609

20. Zu § 33 Abs. 2:

Die Professionistenzulage beträgt monatlich
 in der Gehaltsstufe 20 562 S,
 in der Gehaltsstufe 21 582 S.